

Private Schulen: Benachteiligt das Land Hildesheimer Eltern?

Niedersachsen gibt deutlich mehr Geld für Schüler, die öffentliche Schulen besuchen. Das ist ungerecht, findet etwa Landtagsabgeordnete Laura Hopmann

Von Christian Harborth

Hildesheim. Werden Privatschulen vom Land finanziell schlechter behandelt als öffentliche Schulen? Laut Statistischem Bundesamt hat Niedersachsen 2016 pro Schüler einer öffentlichen Einrichtung 8300 Euro ausgegeben. Bei Schulen in privater Trägerschaft waren es hingegen 4600 Euro – eine Differenz von 45 Prozent. Eltern aus dem Raum Hildesheim betrifft dies in besonderem Maße, weil hier zahlreiche freie Träger wie die katholische und evangelische Kirche große Schulen wie das Josephinum, die Marienschule und das Andreanum unterhalten.

Daneben gibt es die Waldorfschule in Hildesheim oder die Christophorusschule in Elze, die ebenfalls nicht von der öffentlichen Hand getragen werden. Mehr als 40 Prozent aller Gymnasiasten im Raum Hildesheim besuchen eine weiterführende Schule in privater Trägerschaft. Bei den Real- und Oberschulen sind es 16 Prozent, bei den Grundschulen 8 Prozent. Im Schnitt handelt es sich um rund ein Viertel aller Schüler. „Wir müssen schauen, dass wir hier zu einer gerechteren Verteilung kommen“, sagt die Hildesheimer CDU-Landtagsabgeordnete Laura Hopmann.

Sie hat gerade einen Brief an Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne geschrieben, in dem sie auf die Notwendigkeit hinweist, an dieser Stelle nachzubessern. Sie verweist in dem Schreiben ausdrücklich auf die Dringlichkeit innerhalb ihres Wahlkreises. „In fast ein Viertel aller Schüler unseres Landkreises wird wegen der Finanzhilferegulierung des Landes deutlich weniger Geld investiert als in die anderen drei Viertel“, schreibt sie.

Gymnasiasten seien davon besonders betroffen. „Kann es richtig sein, dass die Bildung dieser Schüler so viel weniger aus Steuergel-



Gibt es mehr Geld für die Schüler der Freien Waldorfschule in Hildesheim?

FOTO: HAZ-ARCHIV

den bezuschusst wird, wo doch deren Familien ebenfalls mit ihren Steuern zur Finanzierung des Bildungswesens beitragen?“

Die Überprüfung dieser Finanzierung ist eigentlich ausgemachte Sache. Der zwischen SPD und CDU zu Beginn der Legislaturperiode vereinbarte Koalitionsvertrag enthält den Passus, dass die Art und Weise der Finanzierung überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden soll.

Dies fordert der Verband Arbeitsgemeinschaft Freier Schu-

len (AGFS) schon seit geraumer Zeit. Aktuell will er die kurzfristige Erhöhung von 4600 Euro je Schüler um 1000 Euro ab dem Jahr 2021 erreichen. Mittelfristig wäre laut AGFS die Anpassung eines Kostendeckungsgrads von 80 Prozent der Bruttokosten je Schüler einer öffentlichen Schule sinnvoll. „Unter dem Eindruck der außerplanmäßigen Ausgaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie sowie der Vielzahl an konkurrierenden Projekten im Kultusbereich wäre die Erfüllung dieser Forderung in-

nerhalb eines Haushaltsjahres sicher eine kaum zu bewältigende Herausforderung“, schreibt Hopmann an den Kultusminister. „Nichtsdestotrotz sollten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten damit beginnen, diese Unterschiede in der Finanzhilfe zu beheben.“

Hopmann macht in dieser Sache Tempo, weil in Hannover gerade die Vorbereitungen für die Aufstellung des Haushalts laufen. Ende Juni soll das Kabinett den Entwurf beschließen. „Deshalb musste diese Forderung jetzt raus.“